



Büro der Synode

Drucksache Nr.

**III / 4**

5. Tagung der 10. Synode  
der Evangelischen Kirche in Deutschland  
in Würzburg  
5. bis 9. November 2006

# **EINBRINGUNGSREDE**

**zum**

**Kundgebungsentwurf**

**"Gerechtigkeit erhöht ein Volk -  
Armut und Reichtum"**

**Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages  
Katrin Göring-Eckhardt**

5. Tagung der 10. Synode der EKD, Würzburg, 05. - 09. November 2006

## **Einbringungsrede zum Kundgebungsentwurf "Gerechtigkeit erhöht ein Volk - Armut und Reichtum"**

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Katrin Göring-Eckardt

Liebe Schwestern, liebe Brüder! Frau Präses! Hohe Synode!

120 Synodale sind hier versammelt, das höchste Entscheidungsgremium der EKD, dazu zahlreiche Journalisten und Gäste und Beobachter dessen, was sich die Kirche selbst mit auf den Weg gibt für das kommende Jahr. Angenommen, jeder und jeder von Ihnen, meine Damen und Herren, wäre von Infratest im Auftrag der Friedrich-Ebert Stiftung gefragt worden, zu welcher gesellschaftlichen Schicht, oder korrekter und dem eigentlichen Untersuchungsgegenstand entsprechend: zu welchem politischen Typ Sie sich zuordnen würden. Zu den Leistungsindividualisten - aus gutem Hause, selbstständig, ohne materielle Sorgen? Zum Engagierten Bürgertum - zuversichtlich, ehrenamtlich tätig und durchschnittlich vermögend? Melden sich da einige? Oder zu den selbstgenügsamen Traditionalisten – mit einfacher Schulbildung, politisch gleichgültig, aber mit eifrigem Kirchengang? Dem einen oder anderen wird da sicherlich jemand einfallen. In welche Richtung hätte die versammelte Synode das Ergebnis der Untersuchung wohl verändert? Hin zum oberen Segment der Gesellschaft? Hätten wir die Mittelschicht verstärkt – zuversichtlich aufstiegsorientiert – oder wären wir die mit den Verlustängsten? Und wohl niemand würde sich dem unteren Drittel der Gesellschaft zurechnen. Wo also steht die evangelische Kirche in Deutschland? Und wer sind ihre Vertreterinnen und Vertreter?

Seit einigen Wochen befinden wir uns mitten in einer Debatte, deren Auslöser überraschte und die Heftigkeit, mit der sie plötzlich geführt wird. Es war wohl wie der zündende Funke einer vor sich hinschwelenden Entwicklung oder der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt - die Feststellung des Parteivorsitzenden der SPD, Deutschland habe ein Unterschichtenproblem. Ja, wir sind mehr als erstaunt. Schließlich beziffern belastbare empirische Daten diesen

Umstand seit Jahren, beispielsweise auch vorgelegt im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Die Erkenntnisse sind also keineswegs neu. Gerade Kirche und Diakonie haben immer wieder und seit Langem auf eine sich verfestigende Armut in Deutschland hingewiesen. Jüngst hat sich der Rat der EKD mit der Denkschrift "Gerechte Teilhabe" klar geäußert. Insofern ist diese Debatte längst überfällig und es ist gut, dass sie nun die Öffentlichkeit findet, die ihr angemessen ist.

Aber lassen wir die Begriffsdebatte beiseite. Fakt ist: Armut in Deutschland nimmt zu. Laut dem Bericht der Bundesregierung im Jahr 2005 gelten 17 Prozent der Bevölkerung als von Armut bedroht, weil sie weniger als 943 Euro im Monat zur Verfügung haben. Armut ist nicht mehr "alt und weiblich", sondern jung: Fast jedes siebte Kind ist von Armut betroffen und beinahe jeder fünfte Jugendliche. Das Armutsrisiko steigt, für Alleinerziehende, für wenig gut Ausgebildete, für Migrantinnen und Migranten – und vor allem wegen der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit. Immer mehr Menschen sind trotz Arbeit arm, 20 Prozent der abhängig Beschäftigten arbeiten für Niedriglöhne und die Löhne im unteren Segment sinken weiter. Nun kann man sagen, global betrachtet geht es unseren Armen doch verhältnismäßig gut. Das mag stimmen, doch soll es uns davon abhalten, hier und heute genau hinzusehen, die Armut im eigenen Land zu bekämpfen, mit aller Kraft? Ich denke nein.

Sozialer Ausschluss verfestigt sich und tritt immer geballter in Milieus auf, in denen sich Einkommensarmut und Transferbezug, Bildungsferne und Sprachprobleme, Migrationshintergrund und Arbeitslosigkeit konzentrieren. Ja, die hohe Arbeitslosigkeit, zum Teil über Generationen hinweg ist zentrale Ursache für Armut in Deutschland. Man kann übrigens unmöglich sagen: Leider hat das, was wir wollten, was die Bundesregierung mit ihren Reformen wollte, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, nicht geklappt und so lassen wir es dann. Individuelle Förderung ist es jedenfalls nicht, wenn eine Vereinbarung mit der Bundesagentur für Arbeit beinhaltet: Sie müssen sich 50 Mal bewerben und wir sagen Ihnen, wenn wir etwas für Sie haben. – Das war mit individueller Förderung nicht gemeint.

Wenn wir aber wissen und darauf bestehen, dass Bildung und Arbeit die entscheidenden Faktoren für Integration sind, kann es unmöglich sein, dass wir auf

der einen Seite keine besseren Bildungseinrichtungen und auf der anderen Seite keinen dritten Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen. Zu tun gibt es genug, Fähigkeiten und Talente gibt es genug und vor allem auch Zeit gibt es genug. Wenn wir sie nutzen, hilft uns das allen.

Zugleich ist soziale Exklusion und ökonomische Prekarisierung längst auch in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Immer mehr Menschen machen die krisenhafte Erfahrung der Verwundbarkeit der eigenen Existenz. Auch gut Ausgebildete sind von Ausgrenzung betroffen. Ausgrenzung heißt Ausschluss von Teilhabe und Anerkennung in verschiedenen Bereichen des sozialen Lebens, Ausschluss vom Arbeitsmarkt, von einem Mindestmaß an Wohlstand, von sozialen Netzwerken. Das ruft das frustrierende Gefühl hervor, ersetzbar zu sein und nicht mehr gebraucht zu werden. Uns droht die dauerhafte Spaltung der Gesellschaft in die "Produktiven" und die "Überflüssigen".

Was macht es wohl auf Kinder für einen Eindruck, wenn die Eltern niemals morgens aus dem Haus gehen und abends müde nach Hause kommen? Sollen diese Eltern, die oft selbst so aufgewachsen sind, ihren Kindern sagen: schau, wie furchtbar mein Leben ist, du musst es ganz anders machen? Oder sagen diese Eltern ihren Kindern genau wie wir: Unser Leben lohnt sich, wir haben zwar keine Arbeit, aber es gibt andere Dinge, die uns wichtig sind. - Ist es wirklich fair, hier mangelnden Aufstiegswillen zu kritisieren? Macht es wirklich Sinn, dass wir urteilen, da könne beispielsweise jemand nicht mit Geld umgehen? Schließlich kann man aus Hülsenfrüchten schmackhafte Sachen kochen, die allemal günstiger sind als Fastfood.

Tatsächlich, da gibt es dieses Hauptschulkind, das kaum lesen kann, aber den neuesten MP3-Player und einen Computer im Kinderzimmer hat, dazu, einen Monat später auch noch die neuesten Markenturnschuhe. Dafür nie ein ordentliches Schulbrot. Da müssen wir Mittelschichtskirchengemeindeeltern doch etwas sagen. Wie es richtig wäre, nämlich.

Leben wir eigentlich nie über unsere Verhältnisse? Gönnen wir unseren Kindern nie etwas, das wir uns eigentlich nicht leisten können? Wir können das dann vielleicht relativ schnell wieder ausgleichen. Die Eltern der Kinder, die arm sind können das nicht. Und doch wollten sie, dass ihre Kinder einmal dazu gehören. Vielleicht sogar

etwas haben, was sie den anderen zeigen können, womit sie ein bisschen angeben und einmal im Mittelpunkt stehen können. Unsere Haltung von dem: „Wir wissen schon, was gut für die anderen ist“, scheint mir jedenfalls nicht in jedem Fall angebracht. Sorgen wir lieber dafür, dass auch diese Kinder eine Wahl haben, dass sie erfahren, in einem Fach Gesundheit und Ernährung zum Beispiel, was für sie das Beste wäre. Aber erheben wir uns nicht über die, die eigentlich unseren Respekt verdient haben. Ein, wie ich finde, zentraler Begriff, wenn wir über Armut sprechen: Es geht um Respekt, es geht um Würde.

Wie also kann es gelingen, dass es in Deutschland, diesem reichen Land, das doch Armut kennt, gerecht zugeht? Was ist zu tun, um materieller und sozialer Armut entgegenzuwirken? Wie muss Reichtum eingesetzt werden zum Wohle aller, damit das Volk erhöht werde, wie es das Synodenthema benennt? Was ist der Beitrag der evangelischen Kirche dabei? Sind wir überhaupt zuständig über das Anprangern der Verhältnisse hinaus?

Uns dazu zu äußern war Auftrag und Aufgabe, die der Vorbereitungsausschuss zu bewältigen hatte. An dieser Stelle meinen herzlichen Dank an alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter, an Herrn Kreuter, der uns anfangs geholfen hat, an Herrn Wegner, der heute auch hier ist. Ganz herzlichen Dank allen, die mitgetan haben.

Wir hatten es natürlich nicht ganz leicht angesichts der gerade erschienen Denkschrift der EKD zur gerechten Teilhabe, weil wir sie voll und ganz unterstützen und keinen Grund sahen, hier zu wiederholen, was dort gut auf den Punkt gebracht worden war. Also haben wir uns beschränkt, und das mit einer zweifachen Fokussierung: Wir haben verstärkt den Reichtum in den Blick genommen und die Situation im eigenen Land. Und natürlich stand im Mittelpunkt immer die Frage: was ist die evangelische Sicht?

Selbstverständlich ist, dass Überlegungen zum Thema an den eigenen Landesgrenzen nicht stehen bleiben können. Die Armutsfrage verlangt, wie beispielsweise auch die Umweltproblematik, nach weltweiten Lösungsstrategien. Deutschland ist insgesamt ganz klar – auch das sei hier deutlich gesagt, wenn in diesem Zusammenhang über unsere Arbeitsplatzsituation gesprochen wird - ein

wirtschaftlicher Gewinner der Globalisierung. Wir haben erhebliche Verantwortung für die so genannte zweite und dritte Welt.

Die Beschäftigung mit dem Thema Reichtum steht übrigens in der Tradition kirchlicher Texte. Wir knüpfen mit unseren Überlegungen an das "Gemeinsame Wort – Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit" des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz von 1997 an. Hier heißt es in Ziffer 13: "Nicht nur Armut, auch Reichtum muss ein Thema der politischen Debatte sein. Umverteilung ist gegenwärtig häufig Umverteilung des Mangels, weil der Überfluss auf der anderen Seite geschont wird."

Zugleich stellen wir fest, dass in der Gesellschaft wie auch in der Kirche offensiver und häufiger über Armut gesprochen wird, als über Reichtum. Herr Eberl hat gerade vom scheuen Reh gesprochen. Man könnte auch sagen: Wir haben jahrelang über verdeckte Armut diskutiert. Wir wollen jetzt einmal über den verdeckten Reichtum sprechen. Wer wird schon gefragt: Wie reich bist du eigentlich, und kann ich dir helfen, oder weißt du von allein, was du mit deinen Millionen Sinnvolles machen könntest? Den ausführlichen Text des Vorbereitungsausschusses, den Sie im Leseheft finden – auch darauf ist gerade hingewiesen worden -, verstehen wir als Beitrag, diesem Defizit etwas entgegen zu setzen und als Mosaikstein zum großen Gesamtthema.

Es ist nicht zu übersehen: Wir leben in einem reichen Land. Noch nie besaßen Menschen in Deutschland derart große Vermögen. Die Möglichkeit, Armut zu bekämpfen, ist also eigentlich so groß wie nie.

Im Durchschnitt beträgt allein das Brutto-Finanzvermögen jedes Haushaltes in Deutschland 109.000 Euro. Tatsächlich aber sind die Vermögen äußerst ungleich verteilt. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft auseinander. Denn 50 Prozent des Gesamtvermögens stehen dem reichsten Zehntel der Haushalte zur Verfügung. Durch Erbschaften wird sich das Vermögen an der Spitze übrigens noch steigern.

Reichtum bemisst sich freilich nicht allein im materiellen Vermögen. Reiche sind gesünder und leben länger, sie verfügen über uneingeschränkten Zugang zu Bildung und haben viel mehr gestaltenden Einfluss in der Gesellschaft als Arme.

Dabei macht es keinen Sinn, Reichtum an sich schlecht zu reden. Wir dürfen das Leben ohne schlechtes Gewissen genießen und Spaß haben an all dem, woran wir reich sind, auch weit über das Materielle hinaus. Ja, wir dürfen uns freuen. Und entgegen anders lautenden Gerüchten können wir Protestanten das ja bekanntlich ganz gut. Es ist uneingeschränkt legitim, nach persönlichem Wohlstand zu streben, zu sparen und für sich und andere Zukunft zu sichern.

Bei der Bewertung von Reichtum müssen zwei Dinge bedacht werden – seine Entstehung und seine Verwendung. Problematisch ist Reichtum freilich dann, wenn er unrechtmäßig - durch Ausbeutung und auf Kosten anderer - erworben wird, oder wenn er zur Zerstörung von Lebensgrundlagen führt. Reichtum verpflichtet. Wer aber durch Reichtum erworbene Macht missbraucht oder wer sein Herz an Reichtum hängt, für wen Luxus und Besitz zum Lebenszweck an sich werden, der wird dieser Verantwortung nicht gerecht. Auch unternehmerisches Handeln ist nur dann verantwortungsvoll, wenn zu dem Gewinnstreben die Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinzukommt. Die meisten Unternehmerinnen und Unternehmer wissen, dass sie in wenigen Jahren einen hohen Mangel an Fachkräften haben werden. Jenoptik zum Beispiel verspricht heute schon künftigen weiblichen Auszubildenden gute Bezahlung und einen sicheren Platz in der firmeneigenen Kita für den zu erwartenden Nachwuchs. Das ist ganz klar Gewinnorientierung zum Wohle der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Aus christlicher Sicht können wir Reichtum als eine Gabe Gottes verstehen. Er ist Einzelnen oder Gruppen anvertraut, nicht damit sie ihn anhäufen, sondern um ihn zum Wohle aller einzusetzen. Sagen wir es so: für uns Christinnen und Christen kann es nicht darum gehen, dass die Reichen den Armen etwas abgeben, was ihnen dann selbst nicht wahnsinnig weh tut. Es geht um gerechtes Teilen und rechte Teilhabe.

Aus dieser Haltung heraus können wir uns mit dem Vorhandensein von Armut und der Konzentration von Reichtum bei wenigen nicht abfinden. Dabei geht es nicht um Gleichmacherei oder reine Umverteilung, die den Reichen nimmt und den Armen gibt à la Robin Hood. Transferleistungen ohne aktivierenden Charakter setzen allein keine Wohlstandsentwicklung in Gang. Gerechtes aber geht es dann in einer Gesellschaft zu, wenn jedem und jeder selbst die Chance gegeben ist, Wohlstand zu erwerben, und durch eigene Anstrengung wiederum zum Gemeinwohl beizutragen. Dazu muss jeder Anreiz und Möglichkeit haben.

Materielle Grundsicherung ist eine wesentliche Basis dafür, dass jeder in Freiheit und ohne Angst leben kann, in Würde und getragen vom Respekt der Mehrheit. Doch das allein eröffnet keine Handlungsspielräume und Zukunftsperspektiven. Ebenso wichtig ist der faire Zugang zu Arbeit, zu Bildung, zu Kultur und zu Gesundheit – übrigens auch zu Einflussnahme auf politische und gesellschaftliche Prozesse. Denken wir das ruhig bis in unsere Kirchengemeinderäte hinein. Mit sozialer Gerechtigkeit ist nicht vereinbar, wenn einzelnen oder ganzen Gruppen ein Anteil an Entwicklungsmöglichkeiten vorenthalten wird.

So können wir nicht hinnehmen, dass die Bildung der Kinder von den materiellen Möglichkeiten der Eltern abhängt. Das ist der Einstieg in den Teufelskreis: kein Abschluss, keine Ausbildung, kein Job, keine Perspektive. Gerade in die Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche müssen wir investieren. Auch wer aus weniger privilegierten Elternhäusern kommt, muss sich entwickeln, entfalten und wieder sozial aufsteigen können.

Es ist problematisch, dass in Deutschland wirtschaftlicher Erfolg nicht zu mehr gesellschaftlichen Teilhabechancen führt. Zwar darf nicht übersehen werden, dass die oberen Einkommensklassen über die Einkommenssteuer erheblich zur Finanzierung staatlicher Aufgaben beitragen; Gewinne und Vermögen aber tragen immer weniger bei. Wir müssen zu einer gleichmäßigeren Besteuerung aller Einkommensarten kommen und Steuerschlupflöcher schließen. Denn der Staat muss dauerhaft in der Lage sein, öffentliche Güter für alle bereitzustellen. Was es bedeutet, wenn die öffentliche Infrastruktur weg bricht, zeigt sich vielleicht am dramatischsten in einigen Regionen Ostdeutschlands. Öffentliche Güter, vom Kindergarten über die Schule und Ausbildung bis zur Versorgung Alter und Pflegebedürftiger, sind der Beitrag von Staat und Gesellschaft für diejenigen, die es sich nicht leisten können, auf private Einrichtungen oder Ergänzendes auszuweichen. Jede und jeder, der dieses tut, der seine Kinder zum Beispiel in eine private Schule schickt – und das ist in keiner Hinsicht kritikwürdig -, sollte sich zugleich mit dafür verantwortlich fühlen, dass die öffentlichen Einrichtungen hohe Qualität und Standards haben. Warum wetteifern die deutschen Länder eigentlich immer um die besten Gymnasien und die klügsten Abiturienten? Vielleicht sollte ja die evangelische Kirche einen Wettbewerb ausschreiben um das Bundesland mit den besten Hauptschulen, jedenfalls solange wir solche noch haben. Womöglich sind

wir damit ja dann doch schneller nah bei denen, die in unseren Mittelschichtsgemeinden höchstens als Bedürftige vorkommen, aber darauf komme ich noch zurück.

Liebe Schwestern und Brüder,

Gerade aus unserem christlichen Menschenbild heraus haben wir der Aufteilung der Gesellschaft in die, die gebraucht werden und die, die überflüssig sind, etwas entgegensetzen: Vor Gott sind alle Menschen gleich. Jeder ist mit Gaben und Talenten gesegnet, die wertvoll sind – und die er oder sie einbringen können muss. Die Gesellschaft muss das immaterielle Vermögen eines jeden schätzen und ihm die Möglichkeit geben, sich zu verwirklichen. Niemand darf – in unserem eigenen gesellschaftlichen Interesse - verloren gehen.

Auch Armut oder Reichtum kann menschliche Würde weder schmälern noch vergrößern. Ob reich oder arm, christlicher Auftrag ist es, sich mit dem, was man hat und mit dem, was man ist, in die Nachfolge Christi zu stellen. Und entscheidend ist, ob wir bereit sind, die Mittel, über die wir verfügen, gerade auch die finanziellen, zum Wohl aller einzusetzen.

Unsere Kirche tritt ein für die Armen, das Diakonische Werk leistet Großartiges zu ihrer Unterstützung und in sehr vielen Gemeinden gibt es Tafeln, die Menschen in Not mit Lebensmitteln unterstützen.

Wir müssen uns aber auch kritisch fragen, ob wir Arme nicht eher als Objekt unserer Fürsorge betrachten, als in ihnen ein Subjekt und potentiell aktives Mitglied der Gemeinde zu sehen. Wir beugen uns zu den Armen herab und müssten ihnen doch auf Augenhöhe begegnen. Arme sollen nicht nur in unseren Suppenküchen essen, sondern sie sollen im Kirchenchor singen und im Gemeinderat mitgestalten. So kann sich zeigen, dass alle dazugehören, in Gleichheit und in Würde vor Gott.

Option für die Armen - das bedeutet Leben mit den Armen. Daran kommen wir nicht vorbei, liebe Schwestern und Brüder. Hilfe für die Armen, das ist für eine Evangelische und einen Evangelischen zu wenig. Ich sage das nicht mit dem erhobenen Zeigefinger oder als Zusatzauftrag an die, die sich bereits heftig engagieren und vielleicht aufreißern. Ich sage das als Appell an unsere eigene

Haltung, als Appell, den Respekt ernst zu nehmen, die Gaben derer zu würdigen, die anders leben als wir und von denen wir doch lernen können.

Liebe Mitsynodale,

Ich möchte Sie nun einladen zu Aussprache und Diskussion. Heute Nachmittag erlebt die Synode eine kleine Neuerung. Wir werden thematisch analog zu den einzelnen Aspekten unseres vorgeschlagenen Kundgebungsentwurfs Arbeitsgruppen bilden, damit dort spezielle Gesichtspunkte des Schwerpunktthemas vertieft und diskutiert werden können und daraus auch einzelne Anträge entstehen können. Wie ich sehe, haben sich viele von Ihnen auch schon der Herausforderung mit den farbigen Klebepunkten gestellt und sich für eine Arbeitsgruppe entschieden.

Unser Vorschlag für eine Kundgebung ist auf Ergänzung hin angelegt. Ich habe schon gehört, dass manche sagen, sie sei nicht ausführlich genug. Der Vorbereitungsausschuss hat natürlich – darauf wurde hingewiesen - auch ein ausführliches Papier vorgelegt. Nicht alle haben es bisher im Leseheft gefunden, jedenfalls bin ich häufig darauf angesprochen worden. Es ist dort der erste Beitrag. Wahrscheinlich liegt es daran, dass viele auch die Zeitung von hinten lesen.

Aber wir wünschen uns trotzdem Ergänzung. Als Vorbereitungsausschuss bitten wir jede Gruppe, konkret zwei Feststellungen oder Forderungen zu formulieren, zwei Sätze: einen für die Kirche und einen für die Welt, jeweils zum Themengebiet der Arbeitsgruppe. Sie sollen Teil der Kundgebung werden, wie andere Veränderungen und Ergänzungen natürlich auch. Ich danke hier schon einmal für viele ermutigende Worte, die wir in den letzten Stunden zu hören bekamen.

Mit zwei solcher Vorschläge möchte ich schließen. Viele Kinder aus armen Haushalten sind von sinnvollen Freizeitangeboten und kultureller Teilhabe ausgeschlossen. Eine Kinderfreizeitkarte als monatlicher Gutschein für Sportkurse oder Unterricht in der Musikschule oder auch für Nachhilfe gäbe den Kindern die Möglichkeit, ihr eigenes Potential und ihre Talente überhaupt erst zu entdecken und auszubauen. Da bekommt die Familie nicht einfach mehr Geld, sondern konkrete Unterstützung für die Kinder. Und die Kinder ihrerseits werden nicht stigmatisiert. Wo die einen den Beitrag überweisen, geben die anderen den Gutschein im Sekretariat ab und sind Gleiche. Das Kind jedenfalls, auf dessen Geigenspiel es im Orchester ankommt, wird eine ganz neue Form von Anerkennung und Respekt erfahren. Und

auch das Kind, das sich in der Malschule vielleicht nur eine Stunde in der Woche mit jemandem außerhalb des eigenen Milieus unterhält, hat etwas gewonnen.

Für unsere Kirche stelle ich mir Gemeindeparterschaften vor, in denen gut situierte Gemeinden – die eine oder andere gibt es davon noch - mit Gemeinden im Problemkiez zusammenarbeiten, sich austauschen und so voneinander profitieren. Womöglich sagen jetzt einige: Da kommen die Osis wieder mit ihrem Anspruchsdenken. Aber vielleicht warten sie einfach noch ein oder zwei Jahre mit der Orgelrestaurierung und finanzieren das Theaterprojekt in Pommern, von dem wir gestern gehört haben. Die Aufführung im Badischen, die dann stattfinden könnte, wäre sicher ein Erfolg. Oder die Gemeinde mit dem guten Spendenaufkommen im Rheinland finanziert automatisch die Kinderarbeit in der Sächsischen Schweiz mit.

Das sind nur kleine Ideen, von denen es hier sicher viele und bessere gibt. Aber sie zeigen: die christliche Debatte um Armut und Reichtum hat ihren Fundament im Reichtum des christlichen Glaubens. Das Haus auf diesem Fundament wird durch konkretes Handeln gebaut. Damit geht es erst los. Wir wollen jedenfalls nicht einfach nur einen Beschluss fassen, sondern wir wollen eine Debatte und vor allem Handeln anstoßen.

Ich danke Ihnen.